

Programm der Freien Demokraten Oldenburg zur Kommunalwahl 2026

Für eine leistungsstarke und lebenswerte Stadt

Inhalt

Einleitung	3
Verkehr und Infrastruktur	4
Wirtschaft, Arbeit und Finanzen	6
Stadtentwicklung	8
Sicherheit und Ordnung	10
Innenstadt	11
Digitalisierung	12
Schule, Familie und Bildung	13
Kultur & Ehrenamt	14
Sport	15
Zusammenfassung und Zukunftsperspektive	16

Einleitung

Die Freien Demokraten Oldenburg stehen für eine moderne, zukunftsorientierte und verantwortungsvolle Kommunalpolitik, die Chancen schafft und individuelle Freiheit ermöglicht – zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger.

Ziel ist es, Oldenburg als lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln. Dabei setzen sich die Freien Demokraten für wirtschaftliche Vernunft, die Förderung von Selbstverantwortung und Entwicklung durch Freiräume ein. Zunehmende Einschränkungen der individuellen und unternehmerischen Freiheit durch Überregulierung und Verbote lehnen wir ab. Mit unserem Wahlprogramm bieten wir konkrete Lösungen für die Herausforderungen unserer Stadt und wollen Oldenburg fit für die Zukunft machen.

Verkehr und Infrastruktur

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist das Rückgrat einer modernen Stadt. Wir wollen eine ideologiefreie Verkehrspolitik, die die individuellen Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Unser Anspruch ist, den Verkehrsfluss zu optimieren und die Infrastruktur bedarfsgerecht zu sanieren.

Verkehrsinfrastruktur: Wir wollen Straßen, Fuß- und Radwege sanieren und ausbauen. Eine Trennung des Autoverkehrs vom Rad- und Fußverkehr soll, wo immer möglich, umgesetzt werden. Eine grundsätzliche Geschwindigkeitsbegrenzung im Stadtgebiet auf Tempo 30 sowie einen Rückbau der Hauptverkehrsstraßen und Parkplätze lehnen wir ab. Stattdessen soll nur an Gefahrenstellen eine Geschwindigkeitsreduktion, gegebenenfalls tageszeitabhängig, angeordnet werden.

Verkehr der Zukunft: Wir setzen auf digitale Lösungen mithilfe künstlicher Intelligenz zur Steuerung des Verkehrs. Ampelschaltungen werden dynamisch angepasst, um Staus zu vermeiden und den Verkehrsfluss insbesondere in Hauptverkehrsadern zu verbessern. Wir möchten den Umstieg auf E-Mobilität erleichtern und unterstützen den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Gleichzeitig soll Technologieoffenheit bewahrt werden. Die Nutzung von Elektrorollern muss stärker kontrolliert werden, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten.

Erreichbarkeit der gesamten Stadt: Die gute und individuelle Erreichbarkeit jedes Stadtteils, insbesondere auch der Innenstadt, ist für viele Menschen gleichermaßen wichtig. Sie ist wichtig für den Erhalt des inhabergeführten Einzelhandels ebenso wie für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Der Umstieg auf nachhaltige Mobilitätsformen darf nicht auf Kosten der Erreichbarkeit und Teilhabe erfolgen. Bevor das Auto sinnlos als Verkehrsträger aufgegeben und verdrängt wird wollen wir die Parallelität der Verkehrsträger erhalten, statt plan- und ziellos vermeintlich attraktive Alternativen zu schaffen, die nicht aus Überzeugung der Nutzer entstehen. Wir unterstützen den Ausbau von P+R-Angeboten und die Prüfung weiterer Stadtteilbahnhöfe in Ofenerdiek und Kreyenbrück/Krusenbusch. Die Hauptverkehrsstraßen betrachten wir als unabdingbare Lebensadern unserer Stadt. Sie müssen dringend saniert und in ein sinnvolles Verkehrskonzept eingebunden werden.

Schulstraßen: Wir lehnen die Einrichtung von Schulstraßen ab, da die individuelle Freiheit insbesondere der Anwohner dadurch eingeschränkt wird. Statt Verboten setzen wir uns für

Verkehrserziehung der Kinder, sowie Aufklärung und Einsicht der Eltern, aber auch Kontrolle der bereits bestehenden Verkehrsvorschriften ein, um die bestehenden Verkehrsprobleme an den Schulen wirksam zu beseitigen.

In Kürze:

- ✓ Umstieg auf alternative Mobilitätsformen nicht auf Kosten der Erreichbarkeit der Stadt
- ✓ Keine grundsätzliche Geschwindigkeitsbegrenzung im Stadtgebiet auf Tempo 30
- ✓ Ausbau von P+R-Angeboten und die Prüfung weiterer Stadtteilbahnhöfe
- ✓ Gleichberechtigte Behandlung aller Verkehrsteilnehmer
- ✓ Kein Rückbau von Hauptverkehrsstraßen und Parkplätzen

Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

Eine starke Wirtschaft und solide Finanzen sind die Basis für eine vernünftige Stadtentwicklung. Mit einer nachhaltigen Haushaltspolitik ermöglichen wir der nächsten Generation, ihre Heimat selbst gestalten zu können. Ohne solide Finanzen bleiben alle anderen Projekte Luftschlösser, und ohne eine prosperierende Wirtschaft sind solide Finanzen auf Dauer nicht zu halten. Dafür wollen wir die nötigen Rahmenbedingungen geben.

Steuerpolitik und Haushaltsdisziplin: Die Steuereinnahmen der Stadt steigen seit Jahren stetig. Steuererhöhungen (z. B. der Gewerbesteuer, Grundsteuer) oder Einführung neuer Steuern (z. B. der Verpackungssteuer) lehnen wir ab und fordern mehr Sparsamkeit und Effizienz im Umgang mit den vorhandenen Mitteln. Durch die Förderung Oldenburger Unternehmen und Gewerbetreibender stärken wir die wirtschaftliche Basis und damit auch die Einnahmegrundlage unserer Stadt. In der Haushaltsplanung fordern wir mehr Transparenz.

Förderung von Gründungen und Investitionen: Neue Gewerbegebiete müssen gefördert werden. Private Investitionen sollen ohne bürokratische Hürden möglich sein. Wir schaffen Räume für Innovation, unterstützen Start-ups und erleichtern den Zugang zu Fördermitteln. Wir setzen uns für einen Gründungsturbo und die Genehmigungsfiktion ein: Der Gründungsturbo beinhaltet gewerbespezifische, einheitliche Ansprechpartner für Gründer, um die bürokratischen Hürden in der Gründungsphase zu reduzieren. Genehmigungsfiktion meint die automatische Genehmigung von Maßnahmen nach Fristablauf, wenn eine Antwort der Stadtverwaltung ausbleibt.

Ausgabenreduktion: Vorgaben von Land und Bund sollen in Oldenburg nicht aufgrund überhöhter ideologischer Standpunkte übererfüllt werden. Am Beispiel der Klimaneutralität wird deutlich: Es sollen nicht durch ideologisch geprägten Aktionismus Ausgaben verursacht werden, nur um die Klimaziele früher als geplant zu erreichen. Stattdessen soll dort sinnvoll investiert werden, wo es ohnehin notwendig ist. Wir setzen uns für eine Evaluierung der Stadtverwaltung auf Kosteneinsparpotenzial unter anderem durch Einsatz von künstlicher Intelligenz und für eine kritische Prüfung der städtischen Ausgaben für NGOs ein. Aufgaben, die von Bund und Ländern der Stadt Oldenburg aufgebürdet werden, sollen auch von Bund und Ländern bezahlt werden (Konnextitätsprinzip). Die meisten Subventionen für Privathaushalte halten wir für weitestgehend unwirksam. Viele gewerbliche Subventionen, wie für Carsharing und Bikessharing, lehnen wir ebenfalls ab.

Doppelstrukturen vermeiden: Das Amt für Klimaschutz und Mobilität soll gestrichen werden. Klimaschutz sehen wir als Querschnittsaufgabe. Ein eigenes Amt ist hierfür nicht nötig. Mobilität soll durch das Verkehrsdezernat, Bau durch das Baudezernat erledigt werden. Wir Freien Demokraten sehen keine Notwendigkeit für einen Männerbeauftragten zusätzlich zum Gleichstellungsbeauftragten. Wir unterstützen die Universitätsmedizin Oldenburg an mehreren gleichberechtigten Standorten unter Vermeidung von kostspieligen Doppelstrukturen.

Kommunale Eigenbetriebe: Wir setzen uns für maximale Transparenz der Finanzen und Strukturen kommunaler Eigenbetriebe ein. Der Anteil externer Sachverständiger in den Aufsichtsgremien soll so weit wie möglich erhöht werden, um die Sachkompetenz und die Aufsichtsfunktion zu verbessern.

Integration durch Arbeit und Teilhabe: Arbeit ist der wichtigste Schlüssel zur Integration. Die Stadt Oldenburg soll gemeinsam mit Jobcenter, Unternehmen und Trägern dafür sorgen, dass arbeitsfähige Menschen schneller in sinnvolle Tätigkeiten kommen. Dazu bauen wir ein transparentes System gemeinnütziger und niedrigschwelliger Beschäftigungsangebote auf, verbessern die Vermittlung und setzen auf Mitwirkung und Eigeninitiative, ziehen bei Notwendigkeit aber auch eine Verpflichtung in Betracht.

In Kürze:

- ✓ Keine Steuererhöhungen, stattdessen Investitionsförderung und Haushaltsdisziplin
- ✓ Bessere Kontrolle von städtischen Betrieben und Projekten
- ✓ Evaluierung der Stadtverwaltung auf Kosteneinsparpotenzial
- ✓ Keine Übererfüllung von Bundes- und Landesvorgaben durch lokale, ideologiegetriebene Zusatzaufgaben
- ✓ Vermeidung und Abschaffung von Doppelstrukturen
- ✓ Private Investitionen ohne bürokratische Hürden: Gründungsturbo und Genehmigungsfiktion
- ✓ Wer Unterstützung erhält, soll die Chance haben und die Erwartung wahrnehmen, sich einzubringen.

Stadtentwicklung

Oldenburg soll eine Stadt bleiben, in der Wohnraum und Lebensqualität gesichert sind, ohne Eigentumsrechte zu beschneiden oder bürokratische Hürden zu erhöhen.

Wohnraum und Lebensqualität: Wir setzen uns für die Rechte von Eigentümern ein und lehnen jede Form von Enteignung durch eine Zweckentfremdungssatzung ab. Stattdessen setzen wir auf die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch private Investoren und, insbesondere für günstigen Wohnraum, die bestehende Wohnungsbaugesellschaft (Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft - GSG), an der die Stadt bereits beteiligt ist. Eine weitere Wohnungsbaugesellschaft halten wir für nicht notwendig.

Bauverfahren und Großprojekte: Durch Reduktion städtischer Vorgaben sollen Bauanträge vereinfacht werden. Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt und pauschale Bauverbote abgeschafft werden. Der Traum vom Einfamilienhaus soll in Oldenburg weiterhin zu verwirklichen sein. Eine Bevormundung durch die Stadt lehnen wir ab. Im Baurecht lehnen wir den Musterfestsetzungskatalog ab, der das Baurecht in Oldenburg unnötig verschärft und Baumaßnahmen verhindert. Großprojekte wie neue Stadtviertel oder Infrastrukturmaßnahmen werden transparent vergeben, die Kosten regelmäßig und fachkompetent überwacht. Bürgerinnen und Bürger werden frühzeitig in Planungen eingebunden, um Akzeptanz und Identifikation zu stärken.

Energetische Sanierungen: Öffentliche Gebäude werden erst im Rahmen ohnehin baulich notwendiger Maßnahmen energetisch saniert. So werden Ressourcen sinnvoll eingesetzt und Steuergelder effizient verwendet.

Oldenburg als Messe- und Veranstaltungsort: Wir sprechen uns für einen Ausbau des Messe- und Kongresskonzepts aus, um Oldenburg als Messe- und Veranstaltungsort attraktiv zu machen. Hierbei soll insbesondere auch der Bau neuer Hotels unterstützt werden.

In Kürze:

- ✓ Ablehnung von Enteignungen und einer Zweckentfremdungssatzung
- ✓ Verschlankung der Bauanträge, keine Bevormundung durch die Stadt bei privaten Bauvorhaben
- ✓ Transparente Vergabe von Großprojekten und fachkompetentes Kostenmonitoring
- ✓ Förderung der Stadt als Messe- und Veranstaltungsort
- ✓ Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude nur bei notwendigem baulichen Bedarf
- ✓ Schaffung von günstigem Wohnraum durch die bestehende Gesellschaft (GSG)

Sicherheit und Ordnung

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist ein zentraler Faktor für die Lebensqualität und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Um bestehenden Problemen wie Vermüllung, Regelverstößen und sicherheitsrelevanten Vorfällen wirksam zu begegnen, ist eine Stärkung der ordnungsrechtlichen Strukturen sowie eine erhöhte Präsenz der zuständigen Behörden erforderlich. Ziel ist es, die Einhaltung geltender Regeln konsequent durchzusetzen und die Situation an bekannten Brennpunkten nachhaltig zu verbessern.

Sicherheit: Das Ordnungsamt soll besser ausgestattet werden, um ordnungsrechtliche Befugnisse besser durchsetzen zu können. Dabei soll Sicherheit klar priorisiert werden – vor der Kontrolle kleinteiliger verwaltungsrechtlicher Vorgaben bei den Bürgern. Insgesamt soll die Präsenz des Ordnungsamtes insbesondere an Brennpunkten erhöht werden (z. B. Schlossplatz, Lappan, Bahnhofsvorplatz). Auf eine höhere Polizeipräsenz soll ebenfalls hingewirkt werden, auch wenn dies nicht in der Verantwortung der Kommune liegt. Wir sprechen uns für die Einrichtung von Waffenverbotszonen in den einschlägigen Bereichen aus, um dort Kontrollen durchführen zu können. Aggressives Betteln soll unterbunden werden.

Sauberkeit und Ordnung: Der öffentliche Raum vermüllt zusehends. An einschlägigen illegalen Müllablageorten soll das Ordnungsamt mehr Präsenz zeigen und Sanktionen durchsetzen. Elektroroller sollen nur in ausgewiesenen Zonen abgestellt werden dürfen.

Regelungswahn: Wir vertrauen auf das menschliche Miteinander und den gesunden Menschenverstand. Nicht alles muss bürokratisch und haarklein geregelt werden. Unnötige Satzungen lehnen wir ab und werden diese auch zukünftig nicht mittragen. Bestehende, aus unserer Sicht ausschließlich bürokratie- und kostenverursachende Regelungen wie die Baumschutzsatzung werden wir zurücknehmen. Auch moralische Scheinverpflichtungen wie das Gendern lehnen wir ab.

In Kürze:

- ✓ Höhere Präsenz der Ordnungskräfte an Brennpunkten und illegalen Müllablageorten, Durchsetzung von Sanktionen
- ✓ Einrichtung von Waffenverbotszonen zur Ermöglichung von Kontrollen
- ✓ Zonen für das Abstellen von Elektrorollern
- ✓ Abschaffung unnötiger Regeln und Vorschriften

Innenstadt

Die Oldenburger Innenstadt ist das pulsierende Herz der Stadt. Unser Ziel ist, sie lebendig und attraktiv zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.

Dialog: Die Politik muss einen engen Dialog mit den Innenstadtkaufleuten führen, da sich Oldenburgs Attraktivität vor allem auf die inhabergeführten Geschäfte stützt. Insbesondere in der Verkehrspolitik dürfen keine Entscheidungen gegen die Interessen der Innenstadtkaufleute getroffen werden.

Ausbau der Attraktivität: Gemeinsam mit den Kaufleuten und Gewerbetreibenden sollen Konzepte entwickelt werden, die die Innenstadt stärken. Digitalisierung wird gezielt eingesetzt, um den Service und die touristische Attraktivität zu erhöhen – etwa durch eine Oldenburg-App. Wir unterstützen attraktive Treffpunkte im Grünen, eine vielfältige Innen- und Außengastronomie (Cafés, Restaurants, Kneipen, Bars), kulturelle Veranstaltungen (Filmfest, Kultursommer) und Events (Aktionstage, Stadtfest). Zur Bekämpfung von Leerstand soll weiterhin die Initiative „Raum auf Zeit“ gefördert werden.

In Kürze:

- ✓ Intensiver Dialog mit den Kaufleuten
- ✓ Leerstände kulturell beleben und die Identität der Innenstadt bewahren

Digitalisierung

Die Digitalisierung bietet enorme Chancen für die Effizienzsteigerung und Attraktivität Oldenburgs. Wir treiben den digitalen Wandel voran – in Verwaltung, Wirtschaft und Alltag.

Digitale Verwaltung: Die Stadtverwaltung wird konsequent digitalisiert und vereinfacht. Bürgerinnen und Bürger können ihre Anliegen online erledigen, Dokumente digital übermitteln und Verwaltungsprozesse ohne lange Wartezeiten abwickeln.

Digitaler Alltag: Die Oldenburg-App, freies WLAN in öffentlichen Bereichen, ein digitales Parkleitsystem und KI-gesteuerte Verkehrsführung erleichtern den Alltag. Wir bauen die digitale Infrastruktur aus, damit Oldenburg auch künftig als innovative Stadt wahrgenommen wird.

Barrierefreie Alternativen: Digitale Lösungen werden ergänzt durch barrierefreie Alternativen, damit niemand ausgeschlossen wird. Menschen ohne Zugang zu digitalen Endgeräten erhalten weiterhin persönliche Beratung und Unterstützung.

In Kürze:

- ✓ Digitalisierung der Stadtverwaltung
- ✓ Oldenburg-App, freies WLAN und digitales Parkleitsystem
- ✓ Barrierefreie Alternativen zu digitalen Lösungen

Schule, Familie und Bildung

Familienfreundlichkeit und innovative Lernkonzepte schaffen Chancengleichheit und erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir setzen auf flexible Lösungen und den Ausbau von Bildungsangeboten.

Ganztagsbetrieb: Wir möchten auch unsere weiterführenden Schulen mit Blick auf den Ganztagsbetrieb weiter ausbauen und ein Campusverständnis von Schule entwickeln. Unter enger Einbeziehung von Unternehmen aus Wirtschaft, Handwerk und Industrie sowie Vereinen sollen praxisnahe Lerninhalte vermittelt werden. Dies kann in Ausfallstunden sowie nachmittags erfolgen, Dachverbände sollen ebenso einbezogen werden. Hierbei soll auf politische Neutralität geachtet werden. Jedwede Extrempositionen haben in der Schule keinen Platz. Als Freie Demokraten unterstützen wir, über die Schülerpraktika hinaus, den engen Kontakt zu Betrieben, um auf diese Weise Interesse für verschiedene Berufsfelder zu wecken. Außerdem unterstützen wir in engem Kontakt mit der Wirtschaft die Förderung besonders begabter oder interessierter Schüler. Ganztags-Kitas werden mit flexiblen Zeiten ausgebaut, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, Kindern optimale Betreuung zu ermöglichen und Eltern den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern.

Schulessen: Unser Ziel ist es, ein qualitativ gutes, bezahlbares Essen auf die Teller der Schüler zu bringen. Wir lehnen eine Ideologisierung auf Kosten der Bezahlbarkeit ab. Einkommensschwächere Familien sollen unterstützt werden.

Schülerbeförderung: Die kostenlose Schülerbeförderung halten wir für selbstverständlich. Diese soll bis zum Ende der Schulzeit übernommen werden, wenn der Schulweg mehr als 4 km beträgt.

In Kürze:

- ✓ Förderung und Ausbau von Ganztags-Kitas mit flexiblen Zeiten
- ✓ Enge Verzahnung von Schule, Vereinen und Unternehmen
- ✓ Kostenlose Schülerbeförderung bis zum Ende der Schulzeit bei Wegen über 4 km
- ✓ Ideologiefreies, bezahlbares Schulessen

Kultur & Ehrenamt

Kulturelle Vielfalt und ehrenamtliches Engagement bereichern unsere Stadt und stärken das Miteinander. Oldenburg soll Kulturhauptstadt der Region bleiben. Wir unterstützen daher die verlässliche Förderung der Kulturszene.

Kulturförderung: Die Förderung erfolgt verlässlich und nach klaren Kriterien, die sich an Bedarf und Qualität orientieren. Transparente Förderrichtlinien sind hierfür ebenso notwendig wie ein wirtschaftlicher Mitteleinsatz durch die Förderungsempfänger.

Ehrenamt: Trotz Konsolidierungsdruck im Haushalt wollen wir den Ehrenamtspass erhalten, um das Ehrenamt weiter zu fördern und damit eine kleine Anerkennung der Stadtgesellschaft zurückzugeben.

Städtepartnerschaften: Städtepartnerschaften dienen dem kulturellen und wirtschaftlichen Austausch und ermöglichen gegenseitige Inspiration und Unterstützung. Die bestehenden Städtepartnerschaften sollen daraufhin überprüft und durch kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Projekte neu belebt werden.

In Kürze:

- ✓ Verlässliche Unterstützung vielfältiger Kulturangebote nach transparenten Richtlinien
- ✓ Förderung des Ehrenamtspasses
- ✓ Städtepartnerschaften überprüfen und wiederbeleben

Sport

Sport ist ein zentraler Bestandteil einer lebenswerten Stadt. Er fördert Gesundheit, Gemeinschaft und Lebensqualität. Sportvereine tragen in hohem Maße zur Integration bei und sind besonders förderungswürdig.

Förderung von Sportvereinen: Damit mehr Zeit für Sport bleibt, sollen Dokumentationspflichten, Antragsverfahren und Nachweispflichten für Vereine reduziert werden. Wir setzen auf Vertrauen und klare Regelstrukturen statt auf Kontrolle und Einzelfallprüfungen. Die Sportstätten in der Stadt Oldenburg werden zu einem sehr hohen Anteil von den Vereinen statt von der Kommune unterhalten. Daher fordern wir den Fördersatz für den Neu-, Erweiterungs- oder Umbau sowie die Sanierung vereinsbetriebener Sportanlagen gemäß Sportförderrichtlinie der Stadt Oldenburg von 30 auf 40 Prozent anzuheben.

Schwimmbildung: Wir setzen uns für die Förderung von Schwimmunterricht ein. Ziel ist es, die Zahl der Nichtschwimmer zu senken und die Sicherheit im Wasser zu erhöhen – für Kinder wie für Erwachsene. Dafür braucht es nicht nur gute Bäder, sondern auch ausreichend viele Trainer.

In Kürze:

- ✓ Gezielte Förderung von Schwimmunterricht und Sportvereinen
- ✓ Erhöhung der Förderhöhe für Sportanlagen

Zusammenfassung und Zukunftsperspektive

Mit diesem Programm stehen die Freien Demokraten Oldenburg für eine Politik, die Vernunft, Selbstbestimmung und Offenheit für Innovationen miteinander verbindet. Anstelle von Verboten setzen wir auf Freiheit. Das Ziel ist eine lebenswerte Stadt, die allen Bürgerinnen und Bürgern beste Rahmenbedingungen bietet und zukunftsfähig bleibt. Wir laden Sie ein, gemeinsam mit uns Oldenburg zu gestalten. Kommen Sie mit uns ins Gespräch, bringen Sie Ihre Anliegen ein und werden Sie Teil einer modernen, offenen und lebendigen Stadtgesellschaft.